

Geld allein macht nicht gesund

Lässt sich die Gesundheit arbeitsloser Menschen fördern?

Die Stadt Bern hat einen Versuch gewagt, die Berner Fachhochschule hat ihn ausgewertet.

Text: David Lätsch

Durch die leeren Gänge der Hochschule feigen abends einzig die Putzfeen. Diese sind für den Autor bevorzugte Gesprächspartnerinnen: «Was würden Sie tun, um die Gesundheit von Arbeitslosen zu fördern?». «Ihnen mehr Geld geben!», hiess es nach kurzer Bedenkzeit. Darüber musste der Forscher eine Weile nachdenken. Aber Recht gab er ihr am Ende nicht. Denn Geld allein macht nicht gesund.

Arbeitslosigkeit und Gesundheit: ein schwieriges Verhältnis. Die Forschung belegt seit längerem, dass Arbeitslosigkeit der Gesundheit schadet, umgekehrt erhöht eine angeschlagene Gesundheit das Risiko auf Arbeitslosigkeit. Dieser Teufelskreis ist in der Sozialhilfe besonders deutlich zu erkennen: Viele Menschen schlagen sich hier mit gesundheitlichen Problemen herum, die ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt versperren. Denn der Arbeitsmarkt setzt auf gesunde Arbeitskräfte – gerade bei Tätigkeiten, die geringe schulische Qualifikation, aber handwerklichen Einsatz erfordern. Im Sozialamt der Stadt Bern hat man dieses Problem erkannt und im Jahr 2010 ein dreijähriges Projekt ins Leben gerufen, das Menschen in der Sozialhilfe dabei unterstützen sollte, gesund zu bleiben oder zu werden. Die Berner Fachhochschule hat dieses Projekt begleitet und seine Wirkungen untersucht.

Wer Probleme lösen will, tut meist gut daran, die Ursachen zu verstehen. Deswegen begann das Berner Projekt mit einer einfachen Frage: Warum sind arbeitslose Menschen weniger gesund als Erwerbstätige? Die Antwort: Es fehlt ihnen am Geld. Fehlendes Geld heisst, dass man am Nötigen sparen muss, und dazu gehören für die Gesundheit wichtige Dinge wie ein Arztbe-

such oder der Kauf eines Fitness-Abos. Fehlendes Geld bedeutet auch, dass man sich andauernd vergleichen muss mit Leuten, die mehr haben als man selbst. Und dieser Vergleich deprimiert.

Skandinavisches Paradoxon

Diese Thesen zum Zusammenhang zwischen Geld und Gesundheit sind gewiss nicht falsch. Aber sie reichen nicht aus: Man kann Gesundheit nicht einfach kaufen. Die vielleicht wichtigste Quelle dieses Wissens ist ein Forschungsbefund, der als Skandinavisches Paradoxon bezeichnet wird. Nirgends auf der Welt ist die ökonomische Ungleichheit zwischen Menschen geringer als in den Ländern Skandinaviens. Dennoch sind die ärmsten zwanzig Prozent in diesen Ländern viel weniger gesund als die reichsten zwanzig Prozent; die Differenz dazwischen fällt nicht geringer aus als in jenen Ländern, wo Arm und Reich ökonomisch viel weiter auseinander liegen. Wenn Geld gesund macht, müsste die Gesundheit in Gesellschaften, die das Geld gleichmässiger verteilen, gleichmässiger verteilt sein. Doch dem ist nicht so.

Drei Erklärungen

Zur Erhellung dieses Befunds hat die Forschung bisher drei plausible Erklärungen vorgeschlagen. Die erste Erklärung besagt, dass skandinavische Länder zwar das ökonomische Kapital gleichmässiger verteilen, aber nicht das kulturelle Kapital. Entscheidend für einen gesundheitsfördernden Lebensstil ist das Bewusstsein, dass die Pflege der eigenen Gesundheit wichtig ist sowie ein präzises Wissen um das, was gesund und krank macht. Beides, so die These, lernen Menschen in privilegierten Verhältnissen von früh an, Kinder in sozioökonomisch benachteiligten Familien indessen nicht.

Die zweite Erklärung besagt, dass ungesunde Arbeitslose der Preis sind, den Gesellschaften für eine immer fairere Verteilung der Chancen auf Bildung und sozialen Aufstieg zahlen. Früher hat die soziale Schicht, in der man aufwuchs, den eigenen Lebensweg vorgezeichnet, unabhängig von den individuellen Fähigkeiten und Interessen. Heute hält nichts mehr die gesunde,

fleissige und intelligente Tochter eines ungelerten Arbeiters davon ab, Karriere zu machen. Persönliche Eigenschaften entscheiden heute über den Lebensweg, nicht soziale Zugehörigkeit. Folglich können sich gesunde, intelligente, fleissige Menschen aus sozioökonomischer Benachteiligung emporarbeiten, während weniger gesunde, weniger intelligente, weniger fleissige Menschen unten bleiben oder nach unten abgleiten. Die These ist politisch nicht unvernünftig, aber ernst zu nehmen.

Die dritte Erklärung besagt, dass die Gesundheit eines Menschen stark dadurch bestimmt ist, ob er sich zutraut, seine Gesundheit durch sein eigenes Verhalten zu beeinflussen. Diese Überzeugung ist ihrerseits davon abhängig, ob jemand auch sonst im Leben die Erfahrung macht, Schmied seines Glücks zu sein. Arbeitslosigkeit schwächt diese Erfahrung, vermutlich auch dort, wo sie materiell durch Leistungen des Wohlfahrtsstaats ausgeglichen wird. Mehr noch: Ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Leistungen könnten für die Erfahrung sogar besonders abträglich sein, weil sie von eigener Verantwortung entbinden.

Das Berner Projekt

Für die Planung des Projekts, welches das Sozialamt der Stadt Bern von 2010 bis 2013 verwirklicht hat, waren die erste und die dritte These von besonderer Bedeutung. Den Verantwortlichen ging es nicht darum, den Teilnehmenden Bewegungstrainings zu verordnen oder ihnen Ernährungspläne aufzuzwingen. Ziel des Projekts war es, die Menschen dazu einzuladen, sich mit der eigenen Gesundheit auseinanderzusetzen und sich für diese Gesundheit zu engagieren. Die Teilnahme am Projekt war freiwillig.

Die Umsetzungsphase begann zum Jahresbeginn 2011 mit einer von der Berner Fachhochschule durchgeführten Befragung unter den Sozialhilfebeziehenden, die zu dieser Zeit im Kompetenzzentrum Arbeit KA der Stadt Bern an einer Massnahme der Arbeitsintegration teilnahmen. Die Befragung gab Einblick in den subjektiven Gesundheitszustand, das Gesundheitsverhalten und die gesundheitsbezogene Veränderungsmotivation der Befragten. Auch



David Lätsch, Dr. phil., ist Dozent im Fachbereich Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule.

lud sie dazu ein, Ideen für Teilprojekte zu formulieren. Die Sozialhilfebeziehenden diskutierten die Ergebnisse der Befragung während eines halbtägigen Workshops, in einem weiteren Workshop präzisierten sie ihre Ideen für die Teilprojekte und bildeten Arbeitsgruppen.

Auf diese Weise entstanden fünf Teilprojekte, die von einem Kochkurs mit gemeinsamem Essen über eine Zumba-Tanzgruppe bis zu einem Angebot für Entspannung und Energiearbeit reichte. Die Mitarbeitenden des KA entwickelten weitere Angebote: etwa ein Aufbaustraining für die Rückenmuskulatur oder einen Kurs zu Gesundheitskompetenzen für junge Erwachsene. In den internen Betrieben des KA wurden Bewegungsübungen integriert, die physikalischen Bedingungen an den Arbeitsplätzen wurden unter gesundheitsbezogenen Gesichtspunkten angepasst. Gesamthaft entstanden während der dreijährigen Projektphase rund zwanzig Teilprojekte, die sich mehrheitlich an die Sozialhilfebeziehenden, zum Teil auch an die Mitarbeitenden des KA richteten. Viele von ihnen waren auf Initiative der Sozialhilfebeziehenden angestossen worden.

Wirkung weist in Richtung des Angestrebten

Die Mehrheit der Teilnehmenden berichtet retrospektiv, dass sie für gesundheitliche Belange sensibilisiert worden sei. Auch geben viele an, ihren Glauben in die gesundheitsbezogene Handlungsfähigkeit gestärkt zu haben. Diese Selbstbeurteilungen werden in Vorher-Nachher-Messungen mehrheitlich bestätigt. Bei Angeboten, die direkt auf eine Verbesserung des Gesundheitszustands zielten, deutet sich eine solche Verbesserung tatsächlich an. Ein weniger erfreuliches Bild zeigt sich indes bei den Beteiligungsquoten. Zu keiner Zeit waren mehr als zehn Prozent der sozialhilfebeziehenden Menschen im KA in das Projekt involviert. In den von den Sozialhilfebeziehenden selbst angestossenen und geleiteten Projekten betrug die Quote nie mehr als drei Prozent.

Ein erster Anlauf?

Eine direkte Fortsetzung des dreijährigen Projekts wird es in der Stadt Bern nicht geben, auch wenn einzelne Teilprojekte übernommen werden. Das Sozialamt setzt künftig vorwiegend auf eine bessere Vernetzung ihrer KlientInnen mit bestehen-

den Angeboten der Gesundheitsförderung. Realisten sehen sich durch diese Entwicklung kaum ernüchtert. Ob es arbeitslosen Menschen an kulturellem Kapital fehlt oder am Glauben in die eigene Handlungsfähigkeit: Beides ist in einem Wimpernschlag der eigenen Biografie kaum nachzuholen. Mehr als ein solcher Wimpernschlag können professionelle Unterstützungsangebote nur in Ausnahmefällen sein. Aber die überschaubaren Erfolge des Berner Projekts machen doch Hoffnung auf Nachahmer.

Literatur

- Abel, T. & Schori, D. (2009). Der Capability-Ansatz in der Gesundheitsförderung: Ansatzpunkte für eine Neuausrichtung der Ungleichheitsforschung. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 34(2), 48–64.
- Lätsch, D. (2013). Die Massnahmen Gesundheit, Partizipation und Selbsthilfe im Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern: Darstellung und Evaluation des Gesamtprojekts. Bern: Berner Fachhochschule.
- Mackenbach, J. P. (2012). The persistence of health inequalities in modern welfare states: The explanation of a paradox. *Social Science & Medicine*, 75(4), 761–769.

Beobachter-Ratgeber

Wenn die Behörden ihrer Verpflichtung nicht nachkommen

«Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind», heisst es in der Bundesverfassung. Doch was, wenn die Behörden ihrer Verpflichtung nicht nachkommen? Sollen dann Hilfswerke um Unterstützung angegangen werden? Vor dieser Frage stehen viele Sozialtätige in ihrer täglichen Arbeit.

Während People-Magazine in den vergangenen Monaten ihre Sommerlöcher füllten, zeigte die Schweizer Presse auf, dass die Sozialhilfe in der Schweiz nicht nur in den Sommermonaten aus allen Löchern pfeift: Aufgedeckt wurde beispielsweise, dass einige Gemeinden im Land von Sozialhilfeempfängern verlangen, dass sie mit ihrer zweiten Säule rechtmässig bezogene Sozialhilfe abstottern müssen. Damit das Thema der Rückerstattung gar nicht erst auf den Tisch kommt, versuchen andere Gemeinden, den Zuzug von Bedürftigen im Graubereich der Legalität zu erschweren oder zu verunmöglichen. Offenbar ist der verfassungsmässige Auftrag auf Hilfe in der Not den Gemeinden schlicht zu teuer geworden. Während das Land um politische Lösungen ringt, sitzen die Behördenmitglieder in der Gemeinde X entspannt über ihren Sozialhilfe-Budgets und lachen sich ins Fäustchen: Schliesslich ist ein Behördenmitglied der Sozialkommission auch noch im Vorstand einer gemeinnützigen Institutionen und sorgt in dieser Doppelfunktion für tiefe Sozialausgaben der Gemeinde, indem der verfassungsmässige Auftrag auf die Vereinskasse abgewälzt wird. Solche Vetternwirtschaft erweist dem Spendenwesen in der Schweiz einen Bärendienst. Würde der Fall der Gemeinde X publik, würde das

Spendenaufkommen in der Schweiz wohl drastisch zurückgehen – niemand unterstützt schliesslich ein Hilfswerk, damit die Staatskasse entlastet ist. Auch SozialarbeiterInnen von Sozialdiensten gelangen immer wieder mit Gesuchen an Fonds und Stiftungen, weil sich die Behörden knausrig zeigen. Manchmal auch, weil sie schlicht nicht wissen, was die Sozialhilfe zahlen müsste: Obwohl beispielsweise überhöhter Mietzins so lange bezahlt werden muss, bis eine günstigere Lösung gefunden wird, wird die Differenz zwischen «ortsüblichem» und tatsächlichem Mietzins mittels Gesuchen bei Fonds und Stiftungen beantragt. Auch scheint es oft, als hätten Behörden oder Sozialtätige von situationsbedingten Leistungen noch nie etwas gehört. Und vielerorts will niemand etwas von kultureller oder sportlicher Förderung von Kindern wissen. Weil praktisch alle professionellen Hilfswerke nur subsidiäre Hilfe leisten, sollten Sie bei einem Gesuch auf folgende Punkte achten:

- Beantragen Sie keine Unterstützungen, für die die öffentliche Hand aufkommen müsste. Oder wenn doch, sollten sie entsprechende ablehnende Verfügungen beilegen.
- Schauen Sie die Homepage des Hilfswerks an – viele nehmen nur Gesuche entgegen, die auf speziellen Formularen eingereicht werden.

- Seien Sie sich bewusst, dass Unterstützungen durch Hilfswerke nicht unmittelbar erfolgen können. Oft dauert es Wochen, wenn nicht gar Monate, bis ein Gesuch bewilligt wird.
- Last but not least: Welche Spendenorganisation hilft Alleinerziehenden, Familien und Kindern? Einen Überblick finden Sie auf spendenspiegel.ch
Walter Noser, Berater im Beobachter Beratungszentrum und Geschäftsführer der Stiftung SOS Beobachter

Kennen Sie die Stiftung SOS Beobachter? Die Stiftung hilft in der Schweiz lebenden Menschen, die in Not geraten sind – aber die Hilfe ist stets subsidiär. Weitere Infos unter www.sosbeobachter.ch

Beobachter

Die Fachexperten des Beobachters beraten Sie gerne bei Rechtsfragen. Erfahren Sie mehr über das Beratungsangebot für soziale Institutionen unter www.beobachter.ch/soziallabo

Welche Frage möchten Sie von den Beobachter-Experten beantwortet haben?

Liebe Leserinnen und Leser
Benötigen Sie rechtlichen Rat am Arbeitsplatz? Haben Sie Fragen zu einem spezifischen Fall aus Ihrem Arbeitsalltag? Dann schildern Sie uns Ihr Anliegen, und schicken Sie Ihre Frage an: redaktion@sozialaktuell.ch